

Christian Albrecht
Pressesprecher

Vi.S.d.P.

F.D.P. Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag
Landeshaus, 24171 Kiel
Postfach 7121
Telefon: 0431/9881488
Telefax: 0431/9881497
E-Mail: fraktion@fdp-sh.de
Internet: <http://www.fdp-sh.de>

Nr. 120/2001

Kiel, Donnerstag, 29. März 2001

Klassenfahrten/Verbote/MKS

Ekkehard Klug: Kultusministerium soll Verbot von Klassenfahrten zurücknehmen

- Landesveterinär hat nur in einem Einzelfall Bedenken geäußert -

Für eine Rücknahme des vor zwei Wochen von Kultusministerin Erdsiek-Rave verfügten generellen Verbots von Klassenfahrten nach England und Frankreich hat sich heute erneut der bildungspolitische Sprecher der F.D.P.-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**, ausgesprochen.

Klug verwies in diesem Zusammenhang auf die heute im Agrar-ausschuss des Landtages von Landesveterinär Dr. Best abgegebene Erklärung, er habe lediglich in einem Einzelfall Bedenken gegen eine Schülerreise geäußert, die unmittelbar in eine von der Maul- und Klauenseuche (MKS) betroffene Region in Frankreich erfolgen sollte.

Wörtlich meinte Klug: „Das Totalverbot von Klassenfahrten nach England, Frankreich und mittlerweile auch in die Niederlande ist für die Schüler nicht nachvollziehbar. Die norddeutschen Nachbarländer Hamburg und Niedersachsen haben sich mit guten Gründen für eine andere Haltung entschieden“.

Klug verwies in diesem Zusammenhang auch auf eine e-mail-Zuschrift, die der F.D.P.-Abgeordnete von der Klasse 11b des Lübecker Katharinäums erhalten hat. Die Schüler des Lübecker Gymnasiums beschwerten sich darüber, dass Klassenfahrten gestrichen werden sollten, bei denen es um die Besichtigung der Innenstadt von Straßburg oder um eine Bootsfahrt entlang der holländischen Küste ginge. Wörtlich meinte der F.D.P.-Abgeordnete hierzu: „Mit ihrem Total-Verbot für Klassenfahrten hat Ministerin Erdsiek-Rave jedes vernünftige Maß überschritten. Den Schülern ist diese Haltung der Landesregierung nicht mehr plausibel zu machen. Der Abbruch von Schulpartnerschaften mit Schulen aus westeuropäischen Nachbarländern wird langfristig für die schleswig-holsteinischen Schulen erhebliche Nachwirkungen haben.“ Im übrigen, so Klug weiter, müsse man sich fragen, ob die Landesregierung das Urlaubsland Schleswig-Holstein allgemein für Besucher aus Westeuropa sperren wolle. Ein „exklusives Reiseverbot für Schülergruppen“ sei jedenfalls „politisch schizophoren“.



Presseinformation